Wahlprogrammentwurf

Am 13. und 14. Dezember finden die Wahlen zum Studierendenrat (SR) statt. Der SR ist das höchste beschlussfassende und damit das wichtigste Gremium der Studierendenschaft an der Hochschule Bremen. Die Juso Hochschulgruppe bittet alle Studierenden, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen und ihre Stimme bei den Studierendenratswahlen abzugeben.

Auch wir treten mit einer Wahlliste an. Die Jusos (JungsozialistInnen) sind die Jugendorganisation der SPD. Um bei der Juso-Hochschulgruppe mitzuarbeiten, bedarf es jedoch weder einer SPD noch einer Juso-Mitgliedschaft. Die Hochschulgruppe steht somit allen Studierenden, aller Fachrichtungen offen. **Daher versuchen wir auch eine Hochschulpolitik zu betreiben, die sich an den Interessen aller Studierenden orientiert.**

Die Juso-Hochschulgruppe versteht sich als eine programmatische Gruppe. Daher bitten wir euch nicht, uns Eure Stimme zu geben, weil wir euren Fachbereich am Besten vertreten. **Wir bitten Euch, uns Eure Stimme zu geben, weil wir uns fachbereichsübergreifend dafür engagieren, die Hochschule zu verbessern.** Für die anstehenden Wahlen haben wir folgendes Programm formuliert. Darunter finden sich konkrete Forderungen, aber auch Leitlinien für unsere hochschulpolitische Arbeit.

Wir würden uns freuen, wenn ihr während des Wahlkampfes auf uns zukommt, um strittige oder unklare Punkte zu diskutieren.

1. **Zivilklausel einführen!**

Staatliche Hochschulen sollen ihre Ressourcen nicht darauf verwenden, militärische Forschung zu betreiben. Daher ist es sinnvoll, wenn Hochschulen sich mit einer Zivilklausel dazu verpflichten, nur zivile Forschung zu betreiben. Die Uni Bremen hat eine solche Klausel seit langem. Die Jusos Bremen haben auf dem SPD Landesparteitag im September einen Antrag auf eine Übernahme der Zivilklausel ins bremische Hochschulgesetz durchgebracht. Die SPD Bürgerschaftsfraktion plant demnächst die Zivilklausel gesetzlich zu verankern.

Das bedeutet jedoch noch nicht, dass die Hochschule Bremen automatisch eine Zivilklausel haben wird. Aufgrund der Hochschulautonomie muss die Zivilklausel zusätzlich an der Hochschule diskutiert und spezifiziert werden.

Die Juso Hochschulgruppe findet die Einführung einer Zivilklausel auch an der Hochschule Bremen sinnvoll. Dabei dürfen Studierenden jedoch keine Nachteile entstehen, finanzielle Ausfälle müssen von Land und Hochschule ausgeglichen werden.

2. **ProfessorInnenmangel ohne Tricksereien bekämpfen!**

An vielen Stellen fehlen ProfessorInnen an der Hochschule. Von ca. 180 Planstellen sind derzeit gerade einmal 143 besetzt. Die Situation ist ungenügend. Die mangelnden Professorenstellen führen zum Einsatz zu vieler Lehrbeauftragter, zu einer schlechten Betreuungssituation und zu überlasteten Personal.

Die Hochschule muss daher darauf drängen, dass die Ausschreibungsprozesse beschleunigt werden. Dafür muss gegenüber der senatorischen Behörde deutlich gemacht werden, dass die jetzige Situation nicht hinnehmbar ist. Es darf zudem kein Ausweg sein, die Studierendenzahlen in der Zukunft zu reduzieren. Das würde die Zahl der zugeschriebenen Professorenstellen wieder senken, ein formaler Professorenmangel würde nicht mehr bestehen. Auf solche Tricks darf sich die Studierendenschaft nicht einlassen.

Wir brauchen mehr Professoren. Die derzeitige Anzahl reicht nicht aus.

3. **Stiftungsprofessuren krisenfest machen!**

Das Beispiel Beluga zeigt, dass Firmen, die Stiftungsprofessuren anbieten, in finanzielle Schwierigkeiten geraten können. **Um den Studierenden mit Stiftungsprofessuren Sicherheit zu bieten, sollten diese möglichst rasch vom Land Bremen übernommen werden.** Auf jeden Fall sollte kein Studiengang in irgendeiner Form von Stiftungsprofessuren abhängig sein.

Insgesamt hält die Juso-Hochschulgruppe Stiftungsprofessuren für keine optimale Lösung. Das Prinzip führt dazu, dass die Lehre davon abhängig gemacht wird, was „der Markt" benötigt bzw. wünscht. Die Unabhängigkeit der Lehre ist dadurch nicht mehr gegeben.

4. **Drittmittel dürfen keine Druckmittel sein!**

Drittmittel sind zur Zeit in einigen Bereichen nötig, da der Staat nicht willens oder in der Lage ist, genügend Geld für die Hochschule aufzubringen. Drittmittel dürfen jedoch keine Druckmittel sein. So kann es nicht sein, dass fehlende Professoren in der gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät damit gerechtfertigt werden, dass Studiengänge dort weniger Drittmittel aufbringen, als in der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät.

Dass auch die wirtschaftswissenschaftliche Fakultät unter einem Professorenmangel leidet, zeigt jedoch, dass die Gleichung „mehr Drittmittel=mehr Professoren" nicht zutrifft.

Drittmittel sind zur Zeit ein notwendiges Übel, dürfen jedoch nicht als Druckmittel verwendet werden.

5. **Studienplätze erhalten!**

In den letzten Jahren hat die Hochschule ihre Studierendenplätze ausgebaut. Dieses Niveau soll gehalten werden. Überlegungen, die Studierendenzahlen zu senken, lehnen wir ab. Das würde zwar das Betreuungsniveau verbessern, aber auch vielen jungen Menschen den Weg zu einem Hochschulstudium verbauen. Das Ziel muss sein, möglichst vielen Menschen ein Studium zu finanzieren. Außerdem schaden weniger Studierende der gesamten sozio-ökonomischen und kulturellen Situation im Land. **Wir brauchen nicht weniger Studierende, sondern mehr Professoren!**

6. **Studiengänge bewahren!**

Die Hochschule Bremen hat eine Reihe einzigartiger Studiengänge mit wenigen Studierenden. Der Sparzwang des Land Bremen beinhaltet auch Überlegungen, gerade diese Studiengänge einzustellen. Diese Studiengänge zeichnen die Hochschule jedoch aus und sollten unbedingt erhalten bleiben. **Studiengänge dem Sparzwang zum Opfer fallen zu lassen, lehnen wir ab.**

7. **Notenvergabe – rechtzeitig und verbindlich!**

Auch für die neue Bachelorprüfungsordnung wurde eine verbindliche Zeitgrenze für die Notenvergabe abgelehnt. Die Frist von vier Wochen ist noch immer lediglich eine Richtlinie. Der Vorschlag, zusätzlich zu der Richtlinie eine verbindliche Frist von sechs Wochen einzuführen, wurde abgelehnt. Dies ist nicht hinnehmbar. Denn gerade an der Hochschule Bremen mit vielen vorgeschriebenen Praxis- und Auslandssemestern sind rechtzeitige Noten für einen reibungslosen Bewerbungsverlauf unerlässlich. Außerdem kann das BAföG-Amt Studierenden, die ihre Noten nicht rechtzeitig vorzeigen können, das Geld kürzen. **Studierende brauchen die Gewissheit, dass sie sich spätestens sechs Wochen nach Abgabe des letzten Leistungsnachweises mit ihren Noten bewerben können.**

8. **Internationalität nicht zur Farce werden lassen!**

Die Hochschule Bremen rühmt sich an vielen Stellen mit dem Attribut „international", was durch viele internationale Studiengänge und Programme gefördert wird. In den vergangenen Semestern wurde jedoch stark an der Englischlehre gespart. Viele der Hochschule fest zugewiesenen Fachkräfte wurden eingespart. Stattdessen werden vermehrt Einzellehrbeauftragte des

Fremdsprachenzentrums angeheuert. Das führt dazu, dass Literaturwissenschaftler bisweilen„Englisch for Technicans“ unterrichten. Dies entspricht weder ihrer Qualifikation noch dem in der Prüfungsordnung vorgesehenen Auftrag, Studierende mit fachspezifischer Sprache vertraut zu machen.

Hinter dieser Entwicklung steht die Annahme, dass Studierende bereits Englisch fließend sprechen können, wenn sie ihr Studium beginnen. Hierbei handelt es sich um einen Trugschluss. **Gerade die Hochschule Bremen, die Studierenden mit verschiedensten Bildungsbiographien ein Studium ermöglicht, muss dafür sorgen, dass es eine gute Englischlehre gibt.**

9. **Alternative zum Deutschlandstipendium**

Es hört sich schön an: die Hochschule Bremen ermöglicht circa 40 Studierenden den Erwerb des Deutschland-Stipendiums. Doch das Prinzip dahinter ist ungerecht.

Anstatt eine BAföG-Erhöhung zu beschließen, die einer breiten Masse von Studierenden zu gute kommen würde, hat sich die Bundesregierung dazu entschlossen, die knappen Mittel zur Elitenförderung einzusetzen. Zudem legen nicht die Hochschulen bzw. Bund und Länder die Studiengänge fest, die gefördert werden, sondern der Markt. Das Deutschland-Stipendium muss zur Hälfte von Förderern aus der Wirtschaft gezahlt werden. Somit wird nur unterstützt, wer einen marktkonformen Studiengang besucht. **Dieses System ist abzulehnen.** Unter diesen Gesichtspunkten ist es kein Wunder, dass die Deutschlandstipendien, die auf der Homepage der Hochschule beworben werden, weder gleichmäßig noch prozentual fair verteilt sind.

Die Stipendien werden zudem meist studiengangsbezogen vergeben. So erhalten die Studiengänge „Bauingenieurswesen“ und „Angewandte Wirtschaftssprachen - Internationale Unternehmensführung / Chinesisch“ zusammen 15, der 35 zur Zeit ausgewiesenen Stipendien. Das bedeutet, dass allein auf zwei Studiengänge 43% der Stipendien fallen. Dieses Vergabeverfahren ist ungerecht.

Wir setzten uns stattdessen für eine BAföG-Erhöhung ein!

10. **Prekäre Beschäftigung der Lehrbeauftragten anprangern!**

An vielen Stellen wird über die schlechte Arbeit der Lehrbeauftragten geklagt. Noten kämen nicht rechtzeitig, die Qualität von Vorlesungen sei häufig unterdurchschnittlich und die Betreuung der Studierenden sei nicht immer angemessen. An dieser Stelle möchten wir jedoch festhalten, dass Lehrbeauftragte in extrem prekären Beschäftigungsverhältnissen arbeiten und dafür kaum angemessenen finanziellen Ausgleich erhalten. Sie werden auf dem Weg zur Professur, oder wenigstens einer Festanstellung, vom Staat ausgebeutet, was für ein reiches Land wie Deutschland nicht hinnehmbar ist. **Die Probleme, die mit dem Einsatz von Lehrbeauftragten einhergehen, sind somit durch die Strukturen bedingt und können lediglich dadurch aufgelöst werden, dass Lehrbeauftragte endlich vernünftig bezahlt werden oder durch Professoren ersetzt werden.**

11. **Keine wahllose Werbung an der Hochschule!**

In der Hochschule wird viel Werbung gemacht. Ruchlose Versicherungsbetrüger wie MLP oder Vertreter kreationistischer Ansichten wie der „Deutsche Christliche Techniker Bund“ (DCTB) dürfen ihren Geschäften sogar in der Mensa nachkommen. Die Juso Hochschulgruppe setzt sich für eine Regelung ein, bei der die Studierendenvertreter bei der Genehmigung entsprechender Anfragen eingebunden werden. **Die Hochschule darf sich nicht wahllos an beliebige Unternehmen verkaufen, sondern muss auch hier ihrem wissenschaftlichen Auftrag gerecht werden.**